

Editorial

Bis vor kurzem galt Osteuropa in Österreich als Goldgrube. Dies hat sich mit der jüngsten Finanzkrise verändert. Nun werden die hohen Investitionen und Kreditvergaben in Osteuropa als Risiko angesehen. Die Europäische Kommission und die dominanten Kräfte in Osteuropa haben ein extrem außenorientiertes Wirtschaftsmodell forciert, dessen Wachstum stark auf Kapital- und Warenimport beruhte. Besonders extreme außenwirtschaftliche Ungleichgewichte entstanden in Ländern, die eine Akkumulationsstrategie der abhängigen Finanzialisierung verfolgten, die auf Überbewertungen der nationalen Währungen und hohen Zinsen beruhte. Derartige Wirtschaftsmodelle sind nur für einige Jahre durchhaltbar, da sie hohe Leistungsbilanzdefizite und eine extreme Auslandsverschuldung produzieren. Ab einem bestimmten Zeitpunkt wird die Brüchigkeit eines solchen Modells von den FinanzanlegerInnen wahrgenommen. Sie verlangen immer höhere Zinsen und reduzieren den Kapitalexport in derartige Länder. Damit deutet sich der Zusammenbruch des Modells bereits an. In den osteuropäischen Ländern ist die Krise des auf Kapitalimporten basierenden Modells durch die globale Finanzkrise beschleunigt, aber nicht verursacht worden.

Die Kehrseite dieses Modells sind Waren- und Kapitalexporte aus den westeuropäischen Ländern. Ungewöhnlich stark hat sich Österreich in Osteuropa engagiert. Die Wirtschaftsbeziehungen Österreichs mit Osteuropa sind durch große Asymmetrien gekennzeichnet. Den Asymmetrien der Beziehungen zwischen West- und Osteuropa, ihrer Entstehung und ihren Folgen geht dieses Heft nach.

Joachim Becker analysiert in seinem einleitenden Beitrag die politökonomischen Beziehungen zwischen Ost- und Südosteuropa einerseits, und den »westlichen« europäischen Staaten (heute: alte Mitgliedsstaaten der EU) andererseits, seit dem Zusammenbruch des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Die Staaten der Europäischen Union hätten sich gegenüber Ost- und Südosteuropa relativ einheitlich verhalten, wenn es um die Durchsetzung neoliberaler Politikmuster und günstiger Anlage- und Investitionsmöglichkeiten westeuropäischer Konzerne ging. Die Positionen zu Konflikten und Staatsbildungsprozessen sei jedoch viel widersprüchlicher und von nationalstaatlichen Vorstellungen geprägt gewesen. Als besonders umstritten stelle sich in der EU das Verhältnis zu Russland dar.

Die beiden folgenden Beiträge setzen sich mit dem österreichischen Engagement in Osteuropa auseinander. **Wilfried Altzinger** bietet eine detail- und faktenreiche Analyse der Wirtschaftsbeziehungen Österreichs zu Zentral- und Osteuropa. Er hebt die günstige Position Österreichs in diesen Beziehungen hervor, betont aber den Umstand, dass diese Situation durch eine extreme Lohnzurückhaltung der österreichischen ArbeitnehmerInnen ermöglicht wurde und verweist auf die strukturellen Gefahren und Ungleichgewichte dieser Entwicklung vor dem Hintergrund der derzeitigen Finanzkrise. **Özlem Onaran** arbeitet Konsequenzen der Außenorientierung,

speziell der Expansion nach Osteuropa für Beschäftigung und Verteilung heraus. Sie kommt dabei zu sehr skeptischen Schlussfolgerungen.

Weitere drei Beiträge beschäftigen sich mit Aspekten der wirtschaftlichen Einbindung von Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Hierbei liegt der Akzent einerseits bei den baltischen Staaten, andererseits bei Russland. **Sebastian Leitners** Beitrag widmet sich den politökonomischen Entwicklungspfaden der baltischen Länder. Sie verfolgten Pfade der extremen Öffnung, Privatisierung und Liberalisierung. Leitner zeigt, welche Auswirkungen Modelle haben können, die nachholende Entwicklung über den Weg massiven Kapitalimports versuchen. Für die baltischen Staaten scheint die Bilanz ernüchternd. Besonders Estland und Lettland stehen, wie Leitner schreibt, »nicht nur am Anfang einer tiefen und länger dauernden Rezessionsphase, sondern sind auch mit einem hohen Berg an Auslandsschulden beladen«. In den beiden Beiträgen von **Agnieszka Dziwulska** wird deutlich, wie verwoben die wirtschaftlichen Interessen der Europäischen Union einerseits und Russlands andererseits mit geopolitischen und strategischen Erwägungen sind. Der erste Beitrag betrachtet die Beziehungen Russlands und der Europäischen Union anhand der Erdgasversorgung, der zweite analysiert die wechselseitigen Auslandsinvestitionen.

Der Debattenteil schließt nahtlos an die Analyse der politischen Ökonomie Osteuropas und deren krisenbedingten Änderungen an. Er beschäftigt sich mit Verläufen und Folgen der aktuellen Krise sowie den wirtschaftspolitischen Reaktionen. **Elisabeth Springler** geht der Frage nach, welchen Interessen die Stützungspakete in den USA dienen. **John Grahl** arbeitet heraus, wie die strategische Ausrichtung der EU die Krisenverwundbarkeit der EU-Staaten verstärkt hat und sich das gegenwärtige Normensystem der EU als Hindernis bei der Krisenbewältigung herausstellt. Abschließend schlagen **Joachim Becker** und **Werner Raza** den Bogen nach Osteuropa. Sie stellen heraus, wie die starke Außenorientierung der österreichischen Ökonomie die Krisenanfälligkeit des Landes beträchtlich erhöht hat. Besondere Bedeutung komme angesichts des starken Engagements der österreichischen Banken den Entwicklungen in Osteuropa zu. Hier zeigten Ungarn, die Ukraine und die baltischen Länder bereits schwere Krisensymptome. Für besonders krisenanfällig halten Becker und Raza außerdem Rumänien, Bulgarien, Kroatien und Serbien. Entsprechend den Risiken in Osteuropa sei das österreichische Bankenpaket sehr groß ausgefallen. Sie erwarten, dass die absehbaren Krisenentwicklungen die strukturellen Probleme der österreichischen Wirtschaft im Jahr 2009 nur noch deutlicher bloßlegen werden.

Joachim Becker, Rudy Weissenbacher